

PRESSEMITTEILUNG 102 – 21.05.2026

Kianusch Stender und Delara Burkhardt

## **Die Grenzregion braucht praktikable Lösungen**

Zum Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher und Flensburger Abgeordnete der SPD-Fraktion, Kianusch Stender:

„Das Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig ist ein wichtiges und wegweisendes Signal für die Zukunft des deutsch-dänischen Grenzhandels. Klar ist, dass es keine Schlupflöcher geben darf, durch die Getränkedosen ohne Pfand verkauft werden können. Der Sinn des Pfandsystems ist der Schutz unserer Umwelt. Dosen sollen eben nicht im Wald oder in der Natur landen, sondern zuverlässig zurückgegeben und recycelt werden.

Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass der Grenzhandel weiterhin eine wirtschaftliche Perspektive hat. Viele Arbeitsplätze in der Region hängen davon ab. Deshalb brauchen wir praktikable und europäische Lösungen statt nationaler Insellösungen.

Ein erster wichtiger Schritt wäre, dass Grenzhändler künftig auch mit dem dänischen Pfandsystem arbeiten können. Noch praktikabler wäre natürlich eine bessere Verzahnung zwischen den Systemen beider Länder. Für die Grenzregionen müssen größere Spielräume geschaffen werden, damit Verbraucher\*innen ihre Dosen sowohl auf der deutschen als auch auf der dänischen Seite unkompliziert zurückgeben können.

Unsere Vision bleibt ein europaweit abgestimmtes Pfandsystem. Das wäre die beste Lösung für Verbraucherinnen und Verbraucher, für den fairen Wettbewerb im Grenzhandel und vor allem für den Umwelt- und Ressourcenschutz in Europa.“

**Delara Burkhardt, die Europaabgeordnete aus Schleswig-Holstein, ergänzt:**

"Damit das Dosenpfand seinen Umweltzweck erfüllen kann, und damit der schleswig-holsteinische Grenzhandel nicht benachteiligt wird, muss die Leergutrückgabe und Pfandrückzahlung wohnortsnah möglich sein, auch jenseits der Grenze. Das europäische Verpackungsgesetz verpflichtet die Mitgliedsstaaten dazu, darauf hinzuarbeiten. Ich fordere von der schleswig-holsteinischen Landesregierung, dass sie sich mit der Bundesregierung dafür einsetzt, gemeinsam mit Dänemark Lösungen für die Leergutrücknahme und Pfandrückzahlung im Nachbarland zu finden."